

# Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Begründet 1826

Freitag, den 2. Juni 1920

Wochenschriftliche Zeitung im  
Oberamtsbezirk. — An-  
zeigen sind dabei von  
bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr dafür  
übernommen, daß Anzeigen  
oder Mitteilungen in bestimmten  
Rubriken oder zu bestimmten  
Zeiten erscheinen. In Fällen von  
Wahrschickelung der Redaktion  
übernimmt die Redaktion keine  
Verantwortung für die  
Ausführung der Anzeigen.  
Telegraphische Nachrichten  
sind nicht zu übernehmen.

Telegraphische Adressen:  
Gefellschafter Nagold.  
Postfachamt:  
Stuttgart 5118.

Nr. 125

Mittwoch den 2. Juni 1920

94. Jahrgang

## Die Wahlen und die Regierung.

Von Dr. Rudolf Heinze, M. d. R.

Den nachfolgenden Artikel, in dem der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Regierungsbildung erörtert, entnehmen wir der Korrespondenz „Der Wahlkampf“ (herausgegeben vom Wahlaustrich des Pressevereins der D. V. P.).

Es gehört zu den Fehlern des parlamentarischen Systems, wie es jetzt in Deutschland ausgebildet ist, daß jedesmal bei den Wahlen die ganze Regierung ins Schwanken gerät, ja nicht nur ins Schwanken gerät, sondern ihrem Ende entgegen steht. Das gibt eine Unruhe an den obersten Stellen der Verwaltung, die für das Staatsleben höchst nachteilig wirkt, nachteilig namentlich in den jetzigen Zeiten, wo es unerlässlich ist, daß die Politik weitestgehend konzipiert und energisch durchgeführt wird. Selbstverständlich leidet auch die sachliche Arbeit der Ministerien, ja der ganzen Verwaltungszweige, wenn die Gabel der Regierungen sich in erster Linie als Parteimänner fühlen und Reden haltend durchs Land ziehen, um die Parteibeherrschung zu führen. Der Reichsminister David hat einmal gesagt, das ganze öffentliche Leben würde stiller, wenn bei den Wahlen nicht nur um die Zusammensetzung des Parlaments, sondern auch um den Bestand der Regierung gerungen würde. Anderer Meinung wird sein, wer im Regieren immer noch eine Tätigkeit erbringt, die sich bemüht, bei größter Sachkunde und Sachlichkeit so unparteiisch wie irgend möglich die Geschäfte des Landes zu führen. Man hat der alten Regierung vorgeworfen, auch sie sei Parteiregierung gewesen und habe sich nur auf andere Parteien gestützt als die gegenwärtige, republikanische Regierung. Dem ist entgegen zu halten, daß die frühere Regierung grundsätzlich unparteiisch war, daß sie die Unparteilichkeit in der Verwaltungspolitik grundsätzlich durchführte, daß sie freilich eine Beamtenregierung war, hervorgegangen aus einem einheitlichen von der Monarchie in jahrhundertelanger Arbeit herangebildeten Beamtenkörper. Die ganze Regierung zu stürzen, hätte unter dem alten Regime wenig Sinn gehabt, da die Regierung letzten Endes abhing vom Monarchen und der Monarch rechtlich nicht gestürzt werden konnte. Das ist jetzt alles anders. Die Regierung ist ausgeprochenemassen Parteiregierung und steht rein staatsrechtlich bei jedem Wahlen auf dem Spiele. Der Charakter der Parteiregierung ist zudem gegenwärtig in Deutschland besonders stark ausgebildet, da die einzelnen Ministerien verhältnismäßig auf die Regierungsparteien nach ihrer numerischen Stärke verteilt sind. Wird das System beibehalten, so ändert sich die Regierung, auch wenn nach den Wahlen die jetzige Koalition die Mehrheit noch beibehält, die Stärke der Koalitionsparteien im Verhältnis zu einander sich aber überschoben hat.

Die Frage, ob die jetzige Koalition von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum auch in Zukunft nach den Wahlen Bestand, d. h. die Mehrheit im Parlament haben wird, beschäftigt natürlich alle Welt. Um sie dreht sich der Wahlkampf. Täuschen nicht alle Zeichen, so werden die Oppositionsparteien zur Mehrheit und zur Linken zunehmen, wird die jetzige Regierungsmehrheit geschwächt aus dem Kampf hervorgehen. Die Mehrheit, die zur Zeit hinter der Regierung steht, ist sehr stark. Rein theoretisch sind nur drei Möglichkeiten denkbar: entweder kehrt die Mehrheit, wenn auch ziffernmäßig etwas geschwächt, als absolut tragfähige Mehrheit zurück, oder sie wird ziffernmäßig befristet, oder sie kehrt zwar zurück, aber so stark geschwächt, daß sie als Regierungsbasis nicht mehr verwertbar ist.

Im Wahlkampf ist vielfach erörtert worden, ob namentlich für den Fall, daß die dritte der drei Möglichkeiten eintritt, eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierungsbildung möglich und wünschenswert ist. Die Redner der Deutschen Volkspartei sollten auf die Frage nur mit großer Zurückhaltung eingehen. Die Front im Wahlkampf ist zum Teil als Folge des demokratischen Freiheitsstreiks: „Der Feind steht rechts!“, scharf nach links genommen worden. Die Deutsche Volkspartei steht zwar nicht vereint, aber doch Schulter an Schulter mit der Deutschnationalen Volkspartei. Jede Unsicherheit im Wahlkampf schwächt die Stosskraft. Mit vollem Rechte weist der demokratische Führer, der frühere Justizminister Schiffer, in einem Aufsatz der Nagoldburger Zeitung darauf hin, daß es ein Widerspruch sei, mit den Deutschnationalen verbündet, einen Kampf nach links zu führen und gleichzeitig eine Kombination zu erderten, die die Volkspartei mit der Linken zusammen und eventuell in Gegensatz zu den Deutschnationalen führt. Solche Erörterungen können nur Verwirrung schaffen. Die Front ist nach links genommen, deshalb muß mit allem Nachdruck nach links gefochten werden. Es gilt die eigene Partei und die gesamte Rechte zu stärken. Das ist das Ziel, das durch keinerlei theoretische Erwägungen verdunkelt werden darf. Daß der Kampf sich in anständigen Formen zu bewegen hat, ist selbstverständlich.

Für die Zeit nach den Wahlen hat die Deutsche Volkspartei sich freie Hand vorzubehalten. Die Stärke der einzelnen Parteien und die Art ihrer Zusammensetzung lassen sich noch nicht übersehen. Infolgedessen läßt sich auch noch nicht

übersehen, wie die Deutsche Volkspartei, sollte sie wesentlich gestärkt aus den Wahlen hervorgehen, von ihrem Einflusse Gebrauch machen wird. Die von demokratischer Seite ausgesprochene Befürchtung, eine starke Rechte, insbesondere eine starke Deutsche Volkspartei, werde die Entwicklung Deutschlands hemmen, ist völlig unbegründet. Sie wird die Entwicklung im Gegenteil wesentlich fördern. Wie bei der Gründung der Deutschen Volkspartei, so werden auch in Zukunft nicht tatsächliche Momente den Ausschlag geben, sondern die Deutsche Volkspartei wird auch in ihrer Haltung nach den Wahlen sich nur von dem Bestreben leiten lassen, wie sie am wirksamsten zum Wiederaufbau des Vaterlandes beitragen kann.

## Der ewige Putzsch.

Der „Schw. Mer.“ schreibt:

Gewiß, so ganz unbedenklich ist die innenpolitische Lage nicht, und noch den Erfahrungen, die wir gemacht haben, wird niemand seine Hand dafür ins Feuer legen können, ob nicht irgendwo in Deutschland größere oder kleinere Trüppchen herumlaufen, die einen Gewaltstreich von rechts für die beste Lösung aller Schwierigkeiten halten. Aber das sind doch sicherlich nur Ausnahmefälle, und wer die Dinge unbefangener — vor allem auch ohne die durch Angst vor den Wahlen getriebene Regierungsbilanz — betrachtet, der muß doch anerkennen, daß die Gefahr für unsere nächste Zukunft nicht von rechts, sondern ausschließlich von links kommt. Wenn daher der Reichsminister des Innern am letzten Tage der Nationalversammlung auch mit sorgenvoller Miene auf die Gruppen rechts von den Deutschnationalen sah und die Aufhebung des Belagerungszustandes ablehnte, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Gefahren, die von jener Seite kommen sollten, so sehen wir darin ein Wahlmanöver, das allerdings insofern seinen Zweck verfehlt, als die Sozialdemokraten trotzdem für die Beilegung des Belagerungszustandes stimmten, ihren eigenen Koalitionsminister also dekonstruierten und nach einer kleinen reich verzierten Ministerkränze ihren Willen auch zu 75 v. H. durchsetzten. Jedenfalls hat Herr Koch irgendwelche greifbaren Unterlagen für den Putzsch von rechts nicht bringen können.

Der Vorwärts hilft ihm in dieser Aufgabe und bringt eine längere Geschichte, die sich fast liest, als ob sie von Karl May erfunden wäre. Er will in Erfahrung gebracht haben, daß eine große Organisation geschaffen sei, die aber erst loslöschen wolle, wenn vorher der Putzsch von links in Mitteldeutschland ausgebrochen sei, den sie durch ihre verkleideten Offiziere nach rechts zu fördern suchte. Wenn dann der Bolschewismus kommt, soll das Militär streifen und das Bürgertum zunächst einmal in der roten Diktatur „schmoren“ lassen, und erst, wenn alles windelweich geworden ist, sollen Reichswehr und Freikorps als Retter in der Not auftauchen, den Bolschewismus totschlagen und eine neue, selbstverständliche konservativ-reaktionäre Regierung aufrichten. Das ist so ungefähr das Wesentliche aus dem, was der „Vorwärts“ erfahren hat. Wirklich ein gutes Stück Hintertreppentrommel, nur schade, daß die Geschichte so außergewöhnlich wenig Wahrheitsgehalt für sich hat. Man ist gegen solche Klaringerichte etwas misstrauisch geworden, seit jenem herzerstehenden Zwischenfall, der sich in Greifswald ereignete, wo ein neuerlicher Reporter linksradikaler Richtung einen Redner auszufragen suchte, der sich den Scherz geleistet hatte, an die Kaiserkrone des Reiches auch die Namen des Generals Wittvich und Majors Bischoff zu schreiben. Befragter Reporter erwiderte diese „Senfaktion“, telegraphierte sie nach Berlin und nun war alle Welt voll von der reaktionären Bewegung in Pommern, bis die Sache im Sande verlief. Wenn sie nicht an dem Fluche ihrer eigenen Lächerlichkeit starb, so nur deshalb weil die Wahrheit, die den Alarmgerichten anhaftete, von den Nachsitbetreffenen schambald verschwiegen wurde. Nach diesem „Fall Wittvich“ von Redners Gnaden schmeckt auch die deutschnationale Revolution, die uns jetzt der „Vorwärts“ serviert hat.

Das Leben ist schließlich kein Uhrwerk, dessen Putzschlag man bis auf den letzten Millimeter mathematisch genau ausmessen kann, und ein derart gefährliches Spiel, wie es nach obigen Andeutungen angeblich getrieben werden soll, vermag man jedenfalls verantwortungsvollen Politikern nicht zuzutrauen. Man weiß schon, wie man in den Bolschewismus hinein kommt, aber ob und wie man wieder heraus kommt, das sind Fragen, auf die niemand eine sichere Antwort geben kann. Zudem, was der Bolschewismus, wenn er auch nur für wenige Wochen durch unser Land geht, gerade in den empfindlichsten Industriegebieten an Produktionswerten zu vernichten imstande ist, das wird sich in jahrelanger Arbeit nicht wieder aufbauen lassen. Wer ein solches Rechenexempel aufstellt, der muß sich darüber klar sein, daß er, wenn auch eine Hilfsaktion einsetzt, vielleicht nur noch eine Wülste aus den Händen der Schächer Drehtis rettet. Das geringste Maß von volkswirtschaftlicher Einsicht also sollte Experimente vermeiden, die so haarsträubend an den Rand des Abgrundes führen, denn mit einem Trümmernhaufen wird auch die beste Regierung nichts anfangen können. Aus sich selbst heraus aber wächst eine solche Verschönerung nicht. Sie bedarf der Führer, und Führer, die sich selbst zutrauen, eine Angel,

nachdem sie den Lauf verlassen hat, noch aufzuhalten, können wir uns nicht vorstellen.

Dennoch will uns auch scheinen, als ob die Gefahr von links nach wie vor wesentlich größer ist. Die Kommunisten wollen ein neues wirtschaftliches Prinzip, für sie ist es also nur logisch, daß sie sich durch Bedenken über die nächsten Folgen ihrer Tätigkeit nicht beirren lassen, denn für sie ist das völlige Niedertreten die Voraussetzung für einen Aufbau in ihrem Sinne. Es soll schließlich der Regierung nicht verdacht sein, wenn sie nach den Erfahrungen der Kapp-Tage mit einem gewissen Mißtrauen nach rechts blickt. Aber es wäre ein verhängnisvoller Jertum, wenn sie durch dieses Mißtrauen und durch eine zielbewusste Agitation ihre Aufmerksamkeit von den Absichten der äußersten Linken ablenken ließe. Sie könnte sonst leicht dahin kommen, daß sie von der Lawine erdrückt wird, die sie für einen Spielball gehalten hat.

## Der Bolschewismus in Mecklenburg.

Berlin, 1. Juni. Die Bedrohung von Leib und Leben und Eigentum der mecklenburgischen Gutsbesitzer hat nach verschiedenen Nachrichten, die in Berlin eingetroffen sind, einen so ersten Umfang angenommen, daß bereits viele Gutsbesitzer mit ihren Familien ersthilft auf eine Flucht bedacht sind, oder sogar ihre Güter verlassen haben.

## Hege um jeden Preis.

Dem „Vorwärts“ liegt der „Frontbund“ noch immer schwer im Magen. Er wird zwar ebenso wenig wie jeder vernünftige Bürger in Deutschland an eine Wiederholung des Kapp-Putschs oder an eine Rechtsrevolution tatsächlich glauben, aber da ihm jedes Mittel, auch das allerbeste und verlogenste recht ist, um hegerische Wahlagitatorien zu treiben, so gibt er sich die kampfheiligste Mühe, seine Leser von der angeblich riesengroßen Gefahr eines Umsturzes von rechts zu überzeugen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß es sich bei den Mitteilungen des „Vorwärts“ in der Hauptsache nur um Klatschgeschichten handelt. Was der „Vorwärts“ heute wieder an neuen Angaben über die Vorbereitungen zum Putzsch, über die Verarbeiten des „Frontbundes“ und seine Geldgeber vorbringt, trägt den Stempel der Lüge und der Erfindung so sehr an der Stirn, daß sich ein Widerlegungsvorwurf der Mühe nicht lohnt. Was tatsächlich vorliegt, ist dies: Da nach der Reichsvereinsfassung auch den Soldaten das Vereinsrecht zusteht, ist durchaus nichts Auffälliges daran zu finden, daß die Angehörigen der Freikorps sich zu einer Organisation zusammenschließen, um ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen und zu vertreten. Der „Vorwärts“ zitiert selbst aus einem Flugblatt der Bundesorganisation, daß das Programm und die wirtschaftliche Nachstellung des Verbandes zwecks Zusammenfassung und gegenseitiger Hilfeleistung demnächst entwickelt werde. Hieraus die Schlussfolgerung ziehen zu wollen, daß es sich um eine reaktionäre Putzschorganisation handle, das vermag nur die logische Kunst eines sozialdemokratischen Bedrohungsartisten. Wenn alle Berufsstände in Deutschland nach dem ausdrücklichen Recht der Reichsvereinsfassung den Anspruch darauf haben, sich genossenschaftlich zu organisieren, so ist wahrhaftig kein Grund einzusehen, warum nicht auch die Angehörigen des Freikorps dies tun sollten. Auch, daß der Hauptmann Schumde, der die Erdbeben-genossenschaft Völpke ins Leben gerufen hat, den Frontbund zu reaktionären Zwecken unterstützen soll, ist dem „Vorwärts“ ein Dorn im Auge und ein willkommenes Mittel zur wahlagitatorischen Hege. Wir müssen diese nichtswürdige Entstellung umsomehr unterstreichen, als dem „Vorwärts“ bekannt ist, daß das Unternehmen des Hauptmanns Schumde rein wirtschaftlicher Art und von der Regierung seinerzeit bei seinem Entstehen genehmigt worden ist, und daß sich in der Arbeitsgenossenschaft Schumdes Parteigehörige aller Richtungen, also auch Sozialdemokraten und sogar Unabhängige befinden, die sich unter dem Programm wirtschaftlicher und unpolitischer Arbeit zusammengeschlossen haben. Wie gewissenlos die Hege des „Vorwärts“ ist, geht auch daraus hervor, daß, wie er selbst mittels des Reichswehrministeriums in der Pressekonferenz am Freitag mitteilen ließ, es stehe auf dem Standpunkt, daß gegen den Frontbund nicht eingeschritten werden könne, weil eben die Verfassung den Soldaten das Vereinsrecht gewähre. Was die politische Seite des Frontbundes angeht, so entfällt von selbst der Verdacht einer reaktionären Gefahr, da der Frontbund keine Angehörigen aufgefodert hat, sich zum Schutz der Öffentlichkeit bereit zu halten und aktiv einzuschreiten, sobald von einer amtlichen Stelle die Aufforderung ergeht, oder die Umstände es gebieten erscheinen lassen. Wie sehr sich aber die Regierung durch die Hege des „Vorwärts“, die natürlich von demokratischen Blättern aufgenommen wird, bereits hat beeinflussen lassen, geht aus der weiteren Mitteilung des Reichswehrministeriums hervor, daß später dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt werden solle, das dieses Vereinsrecht der Soldaten einschränken will. Abgesehen davon, daß die Vorlegung eines solchen Gesetzes von der künftigen Regierung abhängig sein wird, zeigt die Andeutung des Reichswehrministeriums doch auch wieder in diesem Falle, wie wenig die Regierung fähig und entschlossen ist, das von ihr verkündete Recht auf Freiheit und Gleichheit auf alle Kreise des deutschen Volkes





anzuwenden. Das deutsche Volk wird nicht verlesen, mit solchen Manipulationen am 6. Juni gründlich abzurechnen. Es erhebt sich aber auch die Frage, was sich die Regierung bei der Ankündigung dieses Gesetzes gedacht hat, und ob sie etwa auch die Absicht hatte, mit der Bescheidung des Vereinsrechts der Soldaten auch den „Republikanischen Führerbund“ zu treffen, dessen sie sich doch immer so liebevoll angenommen hat. Es wird Zeit, daß der Ungerechtigkeit und Verfälschung dieser sogenannten Volksregierung endlich der Dais gebrochen wird.

#### Sieg der Rechten bei der Landtagswahl in Gotha.

Das Ergebnis der Landtagswahl in der bisher untroubten Hochburg Gotha brachte eine Mehrheit der Rechten mit 31 618 Stimmen, wovon auf den Bauernbund 17 141, die Deutschnationalen 3517 und die deutsche Volkspartei 10 960 Stimmen entfielen; an zweiter Stelle marschieren die Unabhängigen mit 30 700 Stimmen. Unter dem gemäßigten Juge nach rechts u. links ist die Mitte vollständig zerrieben worden: die Demokraten brachten es nur auf 6937, die Mehrheitssozialisten gar nur noch auf 3553 Stimmen. In etwa 30 Ortschaften steht das Wahlergebnis noch aus.

#### Wer uns regiert!

Man schreibt der „Deutschen Zeitung“.  
In meiner mehrmonatigen Tätigkeit als Ueberwachungs-Beamter der Reichs-Rattostelle lernte ich in Falkenberg Reg. Halle, einen Mann mit Namen Dietrich kennen, der vor, und ich glaube auch, während des Krieges, abwechselnd mit Pilzen und Zeitschriften gehandelt hat. Herr D. hat es infolge seiner nicht zu verachtenden, aufstrebenden Tätigkeit als mehrheitssozialistischer Führer, im Orte Falkenberg Ende vorigen Jahres zum Ortsvorsteher gebracht. Ich hatte verschiedene Male Gelegenheit, mit dem hohen Herrn Amtsvorsteher in dienstlicher und außerdienstlicher Hinsicht zu verhandeln. Dabei überzeugte ich mich, daß der gute Mann tatsächlich nicht in der Lage war, eine von ihm erbetene Quittung seinem Schreiber zu diktieren, geschweige denn sie selbst auszufüllen. Als ich seine Verlegenheit bemerkte, fragte ich ihn, ob ich dem Schreiber den Quittungs-Text diktieren könnte? Befestigt überließ Herr Dietrich mir das Diktat. In den verschiedenen politischen Versammlungen hatte ich die Erläuterung gemacht, daß der gute Mann recht klammerlich die deutsche Sprache beherrschte und mit „mir“ und „nich“ einen ganz schauerhaften Großkampf auführte.

Als ich vor einigen Tagen meine alte Wirkungstätte wieder aufsuchte, erfuhr ich zu meinem größten Erstaunen, daß der „Mit-und-Nich-Dietrich“ für den an die Luft gelegten ehrenwerten und vornehmen Landrat v. Borcke im Kreise Liebenwerda zum kommissarischen Landrat dieses Kreises ernannt sei.

Man soll es nicht für möglich halten!!!  
Armes deutsches Volk, so rühtet man dich zugrunde!  
Noch ist es Zeit, dich zu besinnen. Am 6. Juni entscheidest du dein Los! Erhebung oder Untergang! F. v. J.

#### Die belgische Willkür in den Kreisen Eupen u. Malmédy.

Berlin, 31. Mai. Unter dem 18. ds. Mts. haben wir eine Auslassung über die belgische Gewalttätigkeit in den Kreisen Eupen und Malmédy wiedergegeben, in der gesagt war, selbst der belgische Bevollmächtigte, der in Aachen mit dem deutschen Uebergabekommissar verhandelt, habe die Ausweisungen für unzulässig erklärt. Die belgische Gesandtschaft ist, wie sie uns mitteilt, von ihrer Regierung beauftragt worden, dieser angeblichen Erklärung eines der belgischen Vertreter in Aachen ein förmliches Dementi entgegenzusetzen. Die in den Kreisen Eupen u. Malmédy nach dem 1. August 1914 zugezogenen Personen hätten kein Recht, Belgier zu werden. Sie seien Ausländer, auf die Ausweisungsmassregeln angewandt werden könnten.

Hierzu erfahren wir an zuständiger Stelle: Die Meinungsäußerungen des belgischen Bevollmächtigten in Aachen haben sich auf Personen bezogen, die bereits am 1. August 1914 in den Kreisen Eupen und Malmédy gemobilt haben. Von diesen Personen unterscheiden sich nach dem Friedensvertrag später Zugezogene nur in einer Beziehung: Sie bedürfen gemäß Artikel 36 der Zustimmung der Brüsseler Regierung, falls der Völkervertrag die beiden Kreise Belgien endgültig zuspricht und falls diese Klasse der Einwohner dann beschließen sollte, die belgische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Inzwischen aber stehen sich beide Arten der Einwohner völlig gleich; beide besitzen noch immer die deutsche Staatsangehörigkeit und beide haben zweifellos das Recht, an der Volksbefragung in den Kreisen teilzunehmen. Können Bewohner der Kreise nicht ausgewiesen werden, die sich bereits am 1. August 1914 dort niedergelassen hatten, so ist das gleiche mit den später zugezogenen der Fall. Werden sie trotzdem ausgewiesen, so verlieren sie ihr Abstimmungsrecht und die belgische Maßnahme bedeutet demnach einen neuen Schlag gegen das Ergebnis der Volksbefragung. Die oben erwähnte Vorschrift des Artikels 36 wäre endlich sinnlos und überflüssig, falls die davon Betroffenen vorher ausgewiesen werden könnten.

Aachen, 31. Mai. Hier sind gestern 130 Familien, die aus Eupen und Malmédy ausgewiesen worden sind, eingetroffen, nachdem vor einigen Tagen bereits 300 Familien eingetroffen waren.

#### Die Verschiebung der Konferenz von Spa.

Berlin, 1. Juni. Nach einer Londoner Meldung der „Berliner Abend“ hat die englische und französische Regierung, welche sich bisher gegen den italienischen Wunsch einer weiteren Vertagung der Konferenz von Spa abweisend verhielt, jetzt nachgegeben. Die italienische Regierung wolle außerdem (das war freilich schon in den letzten Tagen gemeldet worden) vor der Konferenz von Spa eine neue Uebereinkunft der Verbündeten über die deutsche Schadenersatzsumme herbeiführen. Nach den bisherigen Vereinbarungen soll Italien nur ein Rehal der Beträge der deutschen Entschädigung erhalten, während ihm der größte Teil der von Ungarn und Oesterreich zu zahlenden Summe zufallen soll. Italien verlangt einen größeren Teil von Deutschlands Zahlungen, da es nicht mit Unrecht annimmt, daß die österreichischen und ungarischen Zahlungen noch lange auf sich warten lassen müssen. Nach andern Meldungen hätte aber inzwischen die italienische Regierung die Nachsicht erhalten, daß Frankreich die gewünschte Verschiebung der Konferenz von Spa nicht annehmen könne.

#### Ein französisches Strafverfahren gegen deutsche Offiziere.

Paris, 1. Juni. Wie Havas aus Biele meldet, haben die Kriegsgerichte den Befehl erhalten, Strafverfahren gegen etwa 50 deutsche Offiziere einzuleiten wegen Mißhandlungen, Diebstahls, Willkürungen, die sie sich während der Okkupation schuldig gemacht haben sollen. Die Angeklagten würden wohl in Abwesenheit abgeurteilt werden. Unter den Beschuldigten sollen sich befinden: General Sigt v. Armin und Oberst Blumenreuter.

#### Unsere Handelschiffe.

Paris, 31. Mai. „New-York Herald“ meldet, 43 ehemals deutsche Handelschiffe seien für die Dauer von fünf Jahren einer amerikanischen Gesellschaft zur Verfügung gestellt worden, um eine regelmäßige Verbindung mit Bremen und Danzig herzustellen.

#### Ein neuer Höhenrekord.

New-York, 1. Juni. Man meldet aus San Antonio (Texas), daß der Flieger Wellington mit 4 Passagieren eine Höhe von 19 856 Fuß erreichte, womit er einen neuen Höhenrekord aufstellte.

#### Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 2. Juni 1920.

Die Sommerprüfung für die Aufnahme in die evang. Lehrerseminare findet in ihrem schriftlichen Teil für alle Schüler gleichzeitig am Mittwoch, den 23. und Donnerstag, den 24. Juni (Beginn am 23. Juni nachm. 3 Uhr statt und zwar im schriftlichen am Lehrerseminar Magold, im mündlichen am Dienstag, den 27. Juli für die vom Bezirksschulamt Magold sowie von den Rektoren des Realprogymnasiums Calw und der Realschule Wildbad angemeldeten Schüler.

Deutsche Demokratische Partei. Im Saal des „Röhl“ sprach gestern Abend Ministerialdirektor Dr. Red vor einer zahlreichen Zuhörermenge. Die Versammlung solidierte, wie der Vetter, Herr Seminaroberlehrer Weinbreuner, einleitend bemerkte mit einer Wählerversammlung der Sozialdemokratie, wo Reichsarbeitsminister Schlichte sprach, doch ließ sich die Veranstaltung aus technischen Gründen nicht anders legen. Der Tagesredner ist einer von den vielen glänzenden Redatoren der Demokratie. Was er gestern bot, war weit mehr ein staatswissenschaftliches Kolleg als eine Parteiverammlung. Seine Ausführungen konnien im Prinzip jeder Bürgerliche unterschreiben. Der Vortrag hielt sich sorgfältig frei von jeden Ausfällen gegen Andersdenkende, was im Interesse des lokalen Friedens lebhaft zu begrüßen ist. Die Kritik Dr. Reds war nie verlegend. Er legte in formvollendeter Rede die Anschauungen der Demokratie über den Weg klar, den diese gegangen ist und weiter zu gehen gedenkt. Die Diktatur sowohl von links wie von rechts ist zu verwerfen, das Wirtschaftsprogramm darf nicht mit dem Maßstab der alten Ideale gemessen werden. Fesseln waren die Parallelen des Redners über das gegenwärtige Gland, das sich aus der militärischen Niederlage und der Revolution entwickelt hat. Sozialdemokratie wie Konföderation haben den Boden unter den Füßen verloren; der Weg, den wir vor uns haben, führt entweder zur geordneten Arbeit zurück oder ins Schicksal Rußlands. Dieser drohenden Katastrophe will die demokratische Partei vorbeugen durch eine nationale und soziale, streng demokratische Politik, unter Bekannnis zur republikanischen Staatsform. Weiterhin behandelte Dr. Red die Stellungnahme seiner Partei zur Koalitionsregierung, zur reinen Arbeiterregierung und zur Deutschen Volkspartei, um dann ein eindringliches Bild unserer Wirtschaftspolitik zu zeichnen, das mit seinen Ausführungen über das sozialdemokratische Problem, das lebhafteste Interesse weckte und von den Hörern nicht so schnell vergessen werden dürfte. Mit einer Darlegung des demokratischen Parteiprogramms schloß Herr Red seine Rede, die ihm lebhaften Beifall eintrug. In der Diskussion vertrat Herr Seminaroberlehrer Gies den Standpunkt der Deutschen Volkspartei und warf der Demokratie einen Unterschied zwischen Reden und Taten vor. Dann sprach Herr Dr. Red das Schlusswort — Der Vortrag, der wie schon anfangs erwähnt, weit über Lokalinteresse hinaus ging, gehört mit zu dem Besten, was in Magold an hoher Politik gehalten wurde. Bekanntlich stammt Herr Red aus der hiesigen Gegend und hat sich — ein Selbmademan — zu seiner jetzigen parlamentarischen Stellung emporgearbeitet, ein Beweis dafür, daß der Richtige auch vor dem Kriege seinen Weg zu gehen wußte.

Wählerversammlung der Soz. Partei. Vor dichtbesetztem Saal sprach gestern Abend in der Traube Herr Reichsarbeitsminister Schlichte in mehr als 20-minütiger Rede. Einleitend begrüßte der Vorlesende der hies. „Crisisgruppe“, Kraft die Versammlung, der im weiteren ausführte, daß im wahren Sinne des Wortes niemand nationaler sei als die Sozialdemokratie, dabei die Angriffe und Verdrehungen von rechts und links abwehrend. Herr Schlichte gab dann in klaren, ausführlichen Sätzen ein Bild der Tätigkeit der Partei sowie der der Koalition. Beginnend mit dem Zusammenbruch des Heeres 1918 stellte er die Verdrehungen, daß die Revolution am Zusammenbruch schuld gewesen sei, an Hand von Dokumenten Hindenburgs, Ludendorffs etc. richtig, streifte ferner den politischen Wert des früheren Reichstags und betonte, daß die alte Verfassung auf die Person Bismarcks zugeschnitten gewesen sei. Die Revolution 1918, die auf ruhigem u. normalem Wege verlief, mit dem Kapp-Putsch zu verwechseln, sei eine geschichtliche Fälschung, die ersten Schritte der beiden sozialdemokratischen Parteien im neuen Deutschland seien das Aufstehen der Nationalversammlungswahlen gewesen. Er rechtfertigte die Zusammenlegung der Koalition, die mehrmals durch den schweren Friedensvertrag der Entente gestört u. bedroht wurde und verteidigte die Auffassung der Sozialdemokraten in jenen schweren Tagen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags. Die Auffassung der Rechten, daß die Entente auch im Falle der Ablehnung desselben nicht marschiert wäre, sei schon am Tage der Unterzeichnung widerlegt worden. Uebergehend zur neuen Verfassung wies er nach Aufhebung der einzelnen Artikel besonders auf den, der die Volksabstimmung vorsieht u. erwähnte dabei Putschläufige, daß sie auf diesem Wege ihr Ziel am besten erreichen können. Wir müssen einig werden. Alles für das Volk, alles durch das Volk! In langen Ausführungen kam dann Herr Schlichte auf das ganze Steuerproblem zu sprechen. Auf dem Gebiete der Sozialisierung sei zu beachten, daß die

Betriebe, die in Betracht kämen, erst umgestellt werden müßten und deshalb vorerst noch nicht rentabel seien. Im übrigen vertrat der Minister den Standpunkt, daß man gegenwärtig nicht in den Zeiten stehe, die der Sozialisierung gänzlich sind. In der Ernährungsfrage waren seine Ausführungen deprimierend. Die Steuererlässe wurden im einzelnen eingehend nochmals gestreift; erkennend, daß man, wie schon Hefferich, bei einem verlorenen Krieg um keines von ihnen herumkommen konnte. — Der Gemeinschaftsgedanke müsse in die Köpfe eingebämmert werden. Sozialpolitisch sei der Arbeiter dem Arbeitgeber in vielen Dingen voraus, umgekehrt müsse der Arbeitgeber dem Arbeiter an wirtschaftl. Kenntnissen abgeben. So würden sie dem Gemeinschaftsflusse erzeugen. Der Grundgedanke des „In der Praxis leitet man Praxis!“ sei der Grundgedanke der Koalition in der Rätefrage gewesen. Gegen die Angriffe auf seine Person, er beabsichtige die Einbringung eines Antistatutgesetzes, wehrte sich Herr Schlichte aufs Schärfste. Zum Schluß appellierte der Redner an die freibühliche Verfassung und schloß mit der Mahnung, am 6. Juni den Stimmzettel der sozialdem. Partei abzugeben. (Reicher Beifall.) — In der Diskussion sprach Herr Hauptl. Pfeffer als einziger Redner. Er bezog sich auf die Verammlung der D. V. P. am Sonntag, wo er der Ausführung des Herrn Sem-Oberl. Gies: „Die Revolution ist schuld an allem Übel!“ entgegengetreten sei. Mit warmen Worten forderte er die Arbeitsschule. — In seinem Schlusswort rügte Herr Kraft die regelhaften Prüfungen und unabh. Kommunist. Seite während des Vortrags des Ministers, wie: „Totschlag! Diktatur! Reichswehr heimtschiden!“ — kt.

Württembergische Bürgerpartei. Heute Abend um 7 1/2 Uhr findet im Traubensaal eine Wählerversammlung statt, in der Herr Generalsekretär Ross sprechen wird. Näheres siehe Inserat.

Deutsche demokratische Partei Magold. Am Freitag Abend spricht im Traubensaal Abgeordneter Henne, Tübingen. Näheres im Inseratenteil.

Hölderlinfeier. Am Donnerstag den 3. Juni findet im Festsaal des Seminars eine Hölderlinfeier statt. Es werden dabei vom Seminaroberlehrer 2 Stücke, Tompon, von Aug. Gullst und Oberlehrer Schmid, vorgelesen. Vom Seminarchor wird das Gedicht u. Hölderlins „Die Nacht“ in der Komposition v. Kaufmann gesungen. Außerdem findet im Auftrage der Pter. Vereinigung ein Vortrag über Hr. Hölderlin statt.

K. Jugend-Verein. Die Musikabteilungen des Stuttgarter Cv. Jugendvereins, Bläserchor und gemischter Chor unter Führung der Jugendplarrat, Wierich und Döller beizührten am Sonntag auch Magold, nachdem sie in Hattenbach schon am Samstag Abend konzertiert und am Sonntag in der dichtbesetzten Kirche ein wohlgerungenes Kirchenkonzert gegeben hatten. Die Volksversammlung auf dem Bah wurde leider verregnet, dagegen erfreute sich der Magolder Jünglingsverein des Besuchs der Stuttgarter. Stadtplarrat Wierich berichtete über Evang. Jugendarbeit, Stefan Otto und Verwalter Bauer dankten den Besuchern. Man schied mit einem herzlichen: Auf Wiedersehen!

Jüngererzeugung und Einmachzucker. Die Landesversorgungsstelle wird aus Comparationen, die zum Teil aus allerfrühesten Zeit stammen, um 56 000 Ztr. Einmachzucker an die Kommunalverbände ausgeben. Diese Menge genügt, um auf den Kopf der Bevölkerung 2 Pfund zu verteilen und außerdem die Krankenhäuser und sonstigen Anstalten zu versorgen. Die Ausgabe wird bereit bedürftig, daß die Bevölkerung bis spätestens Mitte Juni im Besitz des Einmachzuckers sein wird. — Durch die Presse ist bereits bekannt geworden, daß im Reich im Laufe des Sommers oder des Herbstes eine Monatszuckerration ausfallen wird. Bei der in Württemberg schon seit Jahren üblichen Verteilungsart ist es aber möglich, über diesen Ausfall wegzukommen und der Bevölkerung im laufenden am 15. Oktober d. J. zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr auch weiterhin wie bisher monatlich 650 Gramm Zucker auf den Kopf ohne Abzug zuzuteilen, doch wird daran gedacht, die Otaberzation an die Bevölkerung als Sonderzuweisung zu Einmachzucker schon im September anzugeben, da als Zuckerersatz für Oktober eine für einen Monat reichlich ausreichende Menge von Süßstoff in der bevorzugten G-Padung (Tablettenform) zur Verfügung steht. Eine endgültige Entscheidung hierüber ist noch nicht getroffen.

Zur Steuerabzugsfrist des Hypothekenschuldners. Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sind von der Rechtschiff, die 10% betragende Kapitalertragssteuer an das Finanzamt zu entrichten, die Schuldner befreit, wenn folgende inländische Unternehmungen oder Institute Gläubiger sind: Hypothekendarlehen, öffentlich rechtliche Kreditanstalten, Sparkassen, Lebensversicherungen, Banken oder Bankfirmen. In allen diesen Fällen hat das Reichsfinanzministerium eingewilligt, daß die Hypothekenschuldner die von der Steuer befreiten Zinsbeträge ohne Abzug an die Gläubiger zahlen. Der Schuldner eines ausländischen Hypothekengläubigers ist auf alle Fälle verpflichtet, die 10% Steuer an der Zinsschuldigkeit abzugeben und dem Finanzamt zu bezahlen.

Erhöhung der Zappreise. Aus Berlin wird gemeldet: Es besteht die Absicht, auf der anfangs Juni im Eisenach stattfindenden Tagung des Verbands deutscher Pappfabrikanten die Preise für verschiedene Pappfabrikate zu erhöhen.

Kein Abzug mehr für Reisbrotmarken. Nach dem gegenwärtigen Verfahren werden beim Umlauf dritlicher Brotmarken in Reisbrotmarken, auf den vor allem die Geschäfttreibenden angewiesen sind, nicht unbeträchtliche Abzüge gemacht. Infolge einer Eingabe, die der Gewerkschaftsbund der Angestellten an das Reichs Ernährungsministerium gemacht hat, haben nunmehr die zuständigen Stellen angeordnet, daß die kommunalen Brotmarken zum vollen Werte in Umlauf genommen werden. Der Erlaß einer dahingehenden Verordnung steht bevor.

Verschädigtes Papiergeld. Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern werden die öffentlichen Kassen aufgefordert, die eingehenden Darlehensscheine im Wert von 1, 2 und 5 M., die sich in abgenutztem und unsauberen Zustand befinden, anzufordern und nicht mehr auszugeben. Umlaufendes Papiergeld, das mit Ausschritten, Aufdrucken oder aufgeklebten Fetten versehen ist, wird nicht ohne weiteres eingelöst. Derartige Scheine müssen von den Eigentümern direkt an die Hauptverwaltung der Darlehenskassen in Berlin zur Prüfung und Umlaufung eingesandt werden.





werden müß-  
n. Im üb-  
man gegen-  
günstig  
Steuergesetze  
erkennend,  
reinen Krieg  
der Gemein-  
werden.  
in vielen  
er dem Kr-  
würden sie  
Vielknechts-  
rundaedante  
die Angriffe  
eines Anti-  
stifte. Zum  
liche Verlan-  
den Stimm-  
Beisatz.) —  
als einiger  
er D. V. P.  
Sem-Oberl.  
nd! entger-  
der Ein-  
derer Raft  
umst. Seite  
„Lottschlag“  
-kt.  
Abend um  
mlung statt.  
r. Näheres  
Am Freitag  
ne, Lübin-  
Juni findet  
statt. Es  
ampson, von  
gen „Lam-  
e Nacht“ in  
idem findet  
g über Fr.  
des Stutt-  
schter Chor  
Dilfer bei  
Hainerbach  
Sonntag in  
schonsonert  
Nitz wurde  
older Jüng-  
der Wüterich  
is und Ber-  
mit einem  
Die Landes-  
in Teil aus  
inmochader  
nge genügt,  
zu verteilen  
zu stellen zu  
ist, daß die  
ig des Ein-  
reis bekannt  
ers oder des  
d. Bei der  
erteilungsart  
ommen und  
er d. J. zu  
wie bisher  
e Abzug zu  
ation an die  
werden schon  
für Oktober  
Renge von  
reform) zur  
hierüber ist  
schuldenro.  
on der Bor-  
das Finanz-  
folgende in-  
ubiger sind:  
alten, Spar-  
rinnen. In  
rium einge-  
Steuer be-  
ger zahlen.  
nabigeres ist  
er Zinskul-  
oid gemel-  
in Eisenach  
fabrikanten  
gen.  
Nach dem  
sch dritlicher  
dem die Ge-  
liche Abzüge  
tschaftsbund  
stertium ge-  
nen angeord-  
Berie in  
hingehenden  
Verfügung  
schen Raffen  
ine im Wert  
unsauberer  
ausgegeben.  
Anfordern  
ohne wei-  
den Eigen-  
lebensstufen  
and werden.

**Rohrdorf, 31. Mai.** So wie unsere „Viebztränger“ am gestrigen Sonntag mit frisch gelungemem Marschlied auszogen, lehrten sie beim Abendessen vergnügt wieder zurück. Als Ziel der Sängerehre war Egenhausen gewählt worden, das auch nach untreuwilliger Einkehr im Walddorfer Chauffehaus erreicht wurde. Künftig etwas „angefeuchtet“ mußte auf dieser „Frischkantation“ das Gleichgewicht zwischen dem inneren und äußeren Menschen wieder hergestellt werden. In Egenhausen bezog man in der „Krone“ für wenige Stunden den „Quartier“ und machte sich dann über den Kaps und über Walddorf wieder auf den Heimweg. Die gutgemeinte Frechheit von oben; — in unserem Sängerkreis ist man nachgerade an derartige Abkühlungen gewöhnt; — hatte wohl zu Anfang die gute Stimmung etwas beeinträchtigt, sie aber ganz aufgehoben, hatte sie nicht vermocht.

### Aus dem übrigen Württemberg.

**Calw, 31. Mai.** Unter dem Vorsitz von Oberamtmann Gös fand am letzten Samstag auf dem hiesigen Rathaus die Amtsversammlung statt. Der Vorsitzende gab nähere Mitteilungen über das ausgegebene Wahlgesetz für den Landtag. Die Wahlen für Reichs- und Landtag werden bekanntlich am 6. Juni abgehalten. Es sind je 8 Wahlkreise eingezogen und es ist anzunehmen, daß sich bei der Abstimmung große Anstände ergeben werden, da die Wahlzettel für Reichs- und Landtag in besondere Umhüllungen eingelegt werden müssen. Es liegen zwei Vorschläge von Umhüllungen vor. Die Wahlzettel für den Reichstag kommen in die dunkelblauen und die für den Landtag in die hellblauen Umhüllungen. Bei einer Vermehrung ist der Wahlzettel ungenügend. Alle Änderungen an den Wahlzetteln sind zwecklos. Gegenüber den seitherigen Bestimmungen bringt das Wahlgesetz etwas Neues, die sogenannten Wahlkreise. Wer am Wahltag an seinem Wohnort nicht abstimmen kann, kann sich vom Ortsvorsteher einen Wahlchein ausstellen lassen, der ihn zur Abstimmung an demjenigen Orte berechtigt, wo er sich am Wahltag aufhält. — Für die neu geschaffene Stelle eines Oberamtsstrafenrichters wird Baugewerksmeister Stägle gewählt. — Ueber die beabsichtigte Errichtung eines Bezirksverbandes Jagendamt Calw gibt der Vorsitzende nähere Aufschlüsse. Calw u. Reutenburg sind ohne gegenseitiges Wollen zu einem Verband zusammengelegt worden. Voraussichtlich wird die Sache sehr teuer kommen, da über 1000 Kinder, darunter meist uneheliche in Betracht kommen. — Die Kommunalverbände wollen sich zu einem Landesverband zusammenschließen. Die Beiträge sollen 5 M für je 1000 Einwohner betragen. Jeder Verband sendet 2 Vertreter in den Landesverband. Als Vertreter werden gewählt: Oberamtmann Gös und Schultheiß Braun in Albstadt. — Neu zu regeln sind die Steuerumlagen der Körperschaftsunterbeamten (Straßenwärter, Hausmeister an der Wanderarbeitsstätte und Oberamtspflege) und der Bezirkskrankenhäuser, sowie die Wartegelder und Steuerumlagen der Körperschaftsbeamten. — Die Verpflegungsgebühren im Bezirkskrankenhause erfahren eine Erhöhung. In Klasse I bis III betragen die Gebühren 10, 15 und 20 M. — Das Defizit der Wanderarbeitsstätte wird auf die Amtskörperschaft übernommen. — Der Bezirkswohlfahrtsverein erhält zum Gehalt der Bezirkspflegerin, deren Dienste anerkannt werden, einen jährlichen Zuschuß von 2000 M.

**Dunningen Oß. Rottweil, 1. Juni.** Bei dem in der Nacht vom Samstag auf Sonntag niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz nach 1 Uhr in das Haus des Joseph Spengler. Es brannte in kürzester Zeit vollständig nieder, so daß die Bewohner kaum das nackte Leben und das Vieh retten konnten. Leider ist der Abgebrennte nur gering versichert.

**Dinsdorf Oß. Sulz, 1. Juni.** Ein Unwetter mit wolkenbruchartigen Regen und Hagelschlag richtete an den Gartengewächsen, an Mohr, Keps, Hanf und Flach und anderen feineren Pflanzen bedeutenden Schaden an, die Holmschneide scheinen weniger gelitten zu haben.

**Von der bayerischen Grenze.** Der Gastwirt Jakob Mangold in Altsried wollte abends einige Stück Vieh die vor dem Ort auf der Weide waren, heimtreiben. Die Tiere taunten aneinander an einen Träger der Hochspannungslleitung der Lech-Elektrizitätswerke, so daß sich ein Lichtschlag löste und herabfiel. Durch den elektrischen Strom wurde ein Tier getötet. Mangold wollte wohl den Draht von dem Tiere wegreißen, wurde aber dabei von dem elektrischen Strom getötet, seine linke Hand, die den Draht hielt, ist verbrannt.

### Der Holzmarkt im Mai.

(Nachdruck verboten.)  
Im abgelaufenen Monat trat auch am Holzmarkt ein weiterer Abwärt der Preise ein. Der Preisrückgang erfolgte zunächst am Schnittwarenmehr und dann erst am Rundholzmarkt, eine Erscheinung, die ungesund ist, denn erst wenn die Einkäufe des Rohholzes niedriger geworden sind, könnte normaler Weise ein Abwärt der Warenpreise erfolgen. Wenn dieser unnatürliche Vorgang weiter anhalten würde, wäre mit der Vernichtung vieler Kräfte zu rechnen.

**Radelrundholz.** Im allgemeinen hat die Rundholzsaison im Walde ihr Ende erreicht. Es fanden während des Monats noch reichlich viele Verkäufe statt, wobei sich überall zeigte, daß der Markt mit Radelrundholz sich immer mehr abflaut. Der Handel hielt sich sehr zurückhaltend, die Sägeindustrie bediente sich nur zum allernotwendigsten ein. Die oft sehr starken Preisrückgänge veranlassen, daß die Forstbehörden den Zuschlag wiederholt verweigerten. Vielfach wurden die amtlichen Lager, die bisher um ein mehrfaches überboten wurden, nicht mehr erreicht.

**Rauholz.** Auch auf dem Raubholzmarkt verspürte man die Schwächtrube und den Abwärt der Preise. Nur für gute Eichen konnte im allgemeinen der bisherige Preisstand gehalten werden, weil die Auslandseiche so gut wie nicht vorhanden ist und die Preise dreifach höher sind. Geringwertige Sorten sind stark angeboten, es fehlen aber die Käufer. In schlesischen Eichenrevieren sind auch mildeste Kronenreihen im Preise von etwa 8000 M bis auf 2000 M per fm. gesunken.

**Schnittware.** Auf dem Brettermarkt herrschte große Geschäftstrube. Man kaufte nur das Allernotwendigste, weil man allgemein die weitere Entwicklung der Lage abwarten will. So konnte man auch während des ganzen Monats von einer förmlichen Verkehrstrübung reden. Die Sägewerke

waren gut beschäftigt und vermehrten täglich ihre reichlichen Bestände an Schnittware, ohne sie absetzen zu können. Unsortierte, sägefällende Bretter gingen von der Höhe von 1200 und 1300 M auf 900 und 800 M zurück. Ein weiterer Preisrückgang hielt bis Ende des Monats an. Auch Bauholz machte diese Preisbewegung mit. Fichten- und Tannenbauholz mit üblicher Waldkante wurden schon Mitte des Monats vom Schwarzwald auf zu 850—900 M pro fm. frei Wagon Schwarzwald Verladungsplätze, Vorratsholz zu 700 bis 825 M pro fm. behauptet der Verladungsstation abgesetzt.

**Arbeitsmarkt.** Die allgemeine Geschäftstrube am Holzmarkt blieb nicht ohne Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes. Die Notwendigkeit von Betriebs-Einsparungen und Einstellungen wird immer dringender. Auch in der bis vor kurzem sehr gut beschäftigten Möbelindustrie ließ die Beschäftigungsmöglichkeit nach, was teils auf den Mangel an Aufträgen, teils aber auch auf die Kaufunlust des Publikums zurückzuführen war.

### Letzte Nachrichten.

#### Um die Zwangswirtschaft.

**Berlin, 2. Juni.** Wie der B.Z. meldet, ersuchte die Lübecker Bürgerschaft einstimmig den Senat, bei der Reichsregierung um beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft einzuwirken.

#### Gegen das Putzschleier.

**Stettin, 2. Juni.** Der Oberpräsident der Provinz Pommern und der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos II erlassen eine Rundgebung an die Bevölkerung Pommerns, in der es heißt, die durch Putzschleier verursachte Erregung und das so entstandene gegenseitige Mißtrauen, das Ruhe und Ordnung in der Provinz gefährdet, gebe keinen Anlaß zu Befürchtungen. Sie bitten um das Vertrauen, daß sie die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung gegen jeden Angriff schützen würden. Die nötigen Nachmittel seien vorhanden und würden unmissverständlich angewandt werden, auch um die Wohlhandlung am 6. Juni vor jeder Störung zu schützen, jedoch der unverfälschte Wille des Volkes allein zum Ausdruck komme.

#### Vorläufig keine Erhöhung der Kohlensteuer.

**Berlin, 1. Juni.** Die Meldung, daß der bisherige Satz der Kohlensteuer von 20% auf mindestens 30% erhöht werden würde, ist unzutreffend. Es wird dem Reichstag nach seinem Inkrafttreten allerdings eine Vorlage über die Kohlensteuer zugehen, die zu dem am 31. Juli d. J. abgelaufenen Kohlensteuerertrag Stellung zu nehmen haben wird.

#### Das Schlußresultat der Gothaer Wahlen.

**Gotha, 1. Juni.** Nach dem nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnis der Gothaer Landtagswahlen entfallen auf die Deutsche Volkspartei 3, die Deutschnationalen 1, den Bauernbund 5, die Demokraten 1, die Mehrheitssozialdemokraten keinen und die Unabhängigen Sozialdemokraten 9 Sitze.

#### Der Millionendiebstahl in der Spandauer Zitabelle.

**Berlin, 1. Juni.** Der Millionendiebstahl in der Spandauer Zitabelle, aus der vor Jahresfrist 60 Millionen rumänische Lei gestohlen worden waren, ist jetzt aufgeklärt worden. Als Täter wurden 4 Mann verhaftet, die damals im Heeresdienst standen und mit der Bewachung des Schatzes betraut waren. Die Verhafteten sind geständig. Drei von den Dieben legten ihre Beute, soweit sie ihnen nicht durch Verkaufsvermittler wieder abgenommen wurde, in Grundstücken und Geschäften an, während der vierte sie durch Rechtsinn wieder vergebete.

#### Die bayerischen Kanalisationsprojekte.

**München, 2. Juni.** In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde die Regierungsvorlage angenommen, wonach der zur Fortführung der Main-Kanalisation genehmigte Kredit von 75 Millionen auf die Vorarbeiten einer Großschiffahrtsstraße von Wernfeld bis Altruberg und den Ausbau der Donau von Rehlheim bis Regensburg und von Passau bis zur Reichsgrenze einschließlich Wassertraktanschnung ausgedehnt wird. — Ebenso wurde ein Antrag Held (Bayerische Volkspartei) angenommen, drei Millionen für Propaganda zu verwenden.

#### Die Rückwirkungen der russ. Offensive auf Deutschland.

**Berlin, 2. Juni.** In der „Kreuzzeitung“ wird die Möglichkeit besprochen, daß die Bolschewiki Polen niederwerfen und dann Deutschland bedrohen. Im auswärtigen Ausschuss des bayerischen Landtags habe der Vertreter der Regierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung etwas Äußerliches nicht wisse, hingegen die Frage eines bolschewistischen Angriffs mit einem Optimismus betrachte, den die bayerische Regierung nicht teile. Man tue in Deutschland jedenfalls gut, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Bolschewisten vordringen und an der Hoffnung sei nicht zu zweifeln, daß die Verbindung eines russischen Angriffs und deutscher Putzschleier etwa im Ruhrgebiet oder in Mitteldeutschland den Sieg des Bolschewismus in Ost- und Mittel-Europa endgültig herbeiführe. Bis jetzt aber sei kein Anlaß zu Nervosität gegeben und von wirklich großen Erfolgen der Sowjetarmee sei keine Rede.

#### Keine Beteiligung Frankreichs an den Verhandlungen mit Rußland.

**Paris, 1. Juni.** Nach den Pariser Blättern hat die französische Regierung der englischen Regierung gestern eine Note überreicht, in der sie ausweichend sagt, warum sie sich durch ihren Vorkämpfer bei den Verhandlungen, die in London mit dem Vertreter der Sowjetregierung, Krassin, geführt werden, nicht beteiligen lassen kann.

#### Wohin sind wir geraten?

Noch nicht genug des Elends?  
Auch noch Rädebiatur und völliger Untergang?

Mein!

Nur eine Rettung:

Bürgerlich wählen!

### Ämtliche Kurse

mitgeteilt von der  
Bankfirma Oerz & Oens, Raststraße 1. 6

3/4 Kriegsanleihe	78 1/4	Allgem. Gl. Akt.	252
4/4 Württemberg	89	Packerei	160
4/4 Bad. Oerz. Anl.	85	Forstb. Lloyd	161
3/4 do. romo.	86	Phönix	348
4/4 Bayern	87	Bad. Anilin u. Soda-Wkt.	400
		Deutsche Kali-Wkt.	306

Droste Schweiz 100 Franken = M 702  
Holland 100 Gulden = M 1420

Nach der Schlichtung verantwortlich O. Richter Nagold  
Druck und Verlag der O. W. Ketterl'schen Buchdruckerei (Rast) Rastatt

Mit Zustimmung des Gemeinderats sind mit Wirkung vom 1. Juni ds. Js. ab einheitlich für Bäcker und Gemeindebäckerei folgende

### Bäckpreise

festgesetzt worden:

I. Schwarzbrot:	
a) Nur Baden	1 Pfund Brot 10 J
b) Leinmahlen und Baden	1 „ 12 J
c) Verboden zu Langbrot	1 „ 18 J

II. Weißbrot:	
a) Nur Baden	1 Pfund Brot 10 J
b) Leinmahlen und Baden	1 „ 15 J
c) Verboden zu Baden	1 „ 50 J
d) Dünne Kuchen, runde Bleche	25—30 J

(soweit die Herstellung nach den derzeitigen Ernährungsvorschriften nicht verboten ist)

Nagold, 1. 6. 20. Stadtsch.-Amt: Maier.

### Herstellung von Backwaren

Auf die am Rathaus angeschlagenen Vorschriften über die Herstellung von Backwaren werden Bäcker und Verbraucher zu genauer Beachtung hingewiesen.

Nagold, den 1. Juni 1920. Stadtsch.-Amt: Maier.

**Fussboden-Riemen, Brüstungstäfel-Bretter und sonstige Hobelware**  
Liefere wieder fortlaufend. Gutes Passen. Neue Maschinen.  
**Graf & Kohler, Säge- u. Hobelwerk, Dornstetten.** Telephon Nr. 1.

**Volksschul-Atlasse**  
sind wieder vorrätig bei  
**Buchhandlung Zaiser, Nagold.**

Verkaufe eine  
**Dresch-Maschine**

für einen 1-2 Pferdmotor, (ohne Pugerel) und einen 1 Jahr alten 2520

**Wolfs-Hund**  
(Stübin)  
**Andreas Fischer, Vollmaringen.**

1527  
**Alle Musik-Instrumente**, für Haus und Orchester, von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl **Musikhaus Curt, Pforzheim** Leopoldstr. 17 Arkaden Kleinsch, Roßbrücke. Ankauf abgespielter Schallplatten und Bruch pro Platte M. 2.—  
**Reparaturen und Stimmen** in eigener Werkstätte.

**Verkaufte sein Haus**  
es mit gutem Geschäft oder sonst günstig. Grundstück. Wir suchen für zahlreiche Käufer Objekte aller Art. Angebote direkt von Selbstverkäufern 43m erbeten an den **Grundstücks-Makler-Verlag** Frankfurt a. Main, Schäferhof.

**Strohbadzeug**  
von **Wt. 12.—** an  
per Meter  
**Kaufhaus W. Hettler**  
Inh. Johs. Schwarz  
Nagold.

**Leim!**  
Bezugsscheine zur Lieferung für das II. Quartal 1920 nimmt entgegen und bittet um Einsendung derselben.  
**Eugen Nuding,**  
2426 Nagold.  
8 bis 10 Zentner

**Kartoffeln**  
hat zu verkaufen.  
Wer? sagt die Geschäftsstelle des Gelehrten. 2558

**Schwarzwald-Führer**  
von **Wais**  
vorrätig bei  
**Buchhandlung Zaiser**  
Nagold.

**Sommerproffen**  
braune, fleckige Haut, Leberflecke verschwinden wie abgewaschen, auch Pidel, Mirreffer. **Kaufhaus frei nur Rückmarke** erlöscht. 2266  
**Zollaufseher Osburg**  
Hellingenstadt Eichstet d.



### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Reichstags- und Landtagwahl.

Die Herren Wahlvorsteher werden auf folgende Bestimmungen hingewiesen: 2567  
Nach § 52 Abs. 2 R. V. u. L. V. sind die Wahlunterlagen nebst Anlagen über die Landtagwahl von den Wahlvorstehern unverzüglich, nötigenfalls durch besondere Boten unmittelbar dem Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses des 16. Landtagswahlkreises (Oberamtmann Gös in Calw) und nicht dem Oberamt zu übermitteln.  
Die Wahlunterlagen nebst Anlagen für die Reichstagswahl dagegen sind, ebenfalls auf dem schnellsten Weg dem zuständigen Oberamt zu übermitteln.  
Calw, 30. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreiswahlausschusses  
des 16. Landtagswahlkreises  
Oberamtmann Gös.

#### Reichstags- und Landtagwahl.

1. Die Wahlhandlung findet am 6. Juni von vorm. 8 bis nachm. 6 Uhr statt. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.  
2. Die Gemeindebehörden werden unter Hinweis auf die Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern vom 19. 23. und 29. v. Mts. (Staatsanz. Nr. 116, 119 und 124) darauf aufmerksam gemacht, daß auch nach Abschluß der Wahlunterlagen an solche Wahlberechtigte ausgestellt werden können, die besonderer Umstände halber verhindert sind, an dem Orte, wo sie in die Wählerliste eingetragen sind, ihr Stimmrecht auszuüben. Im Anschluß an die Abschlußbescheinigung ist ein Vermerk über die ausgeteilten Wahlunterlagen zu machen und die Gesamtzahl der in der Liste laufenden Wahlberechtigten festzustellen.  
3. Bei der Wahl am 6. Juni ist das zweite Stück der Wählerliste zu benutzen, die erste Fertigung ist vom Gemeinderat sorgfältig aufzubewahren. Der Abstimmungsvermerk für die Reichstagswahl kommt in die erste, derjenige für die Landtagwahl in die zweite der zur Eintragung der Abstimmungsvermerke vorgesehenen Spalten der Wählerliste. Beide Spalten sind am Kopf entsprechend zu kennzeichnen.  
4. Die Herren Ortsvorsteher und die bestellten Wahlvorsteher und Stellvertreter haben sich mit den Wahlbestimmungen, sowie mit den im Staatsanzeiger erschienenen und noch erscheinenden, die Reichs- und Landtagwahl betreffenden Bekanntmachungen genau vertraut zu machen.  
5. Am Wahltag werden verwendet:  
für die Reichstagswahl: tiefblaue Wahlumschläge u. weiße Stimmzettel je mit entsprechendem Ausdruck  
für die Landtagwahl: hellblaue Wahlumschläge und hellblaue Stimmzettel.  
Weiße Stimmzettel in hellblauen Umschlägen oder hellblaue Stimmzettel in tiefblaunen Umschlägen sind unzulässig.  
Hierauf ist besonders zu achten.

6. Die (Stadt-) Schultheißenämter erhalten mit heutiger Post die Stimmzettel für die Landtagwahl, ferner die Wahlumschläge und je einen Sonderabdruck aus dem Staatsanzeiger Nr. 123, enthaltend die Bekanntm. des Kreiswahlleiters über die zugelassenen Kreiswahlvorschläge samt Verbindungs- und Anschließerkärlungen sowie über die Reichswahlvorschläge für die Reichstagswahl und die Bekanntmachung des Landeswahlausschusses über die zugelassenen Landeswahlvorschläge für die Landtagwahl. Diese Bekanntmachungen sind mit derjenigen des Kreiswahlausschusses über die zugelassenen Kreiswahlvorschläge und Anschließerkärlungen für die Landtagwahl (vergl. Ges. d. R. 123) vor der Wahl auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht aufzulegen und dem Wahlvorsteher zur Auslegung im Wahlraum auszuliegen.  
7. Die Verendung der Stimmzettel (an jeden Wahlberechtigten je 8 für die Reichstagswahl und Landtagwahl, zusammen 16) hat sofort zu geschehen.

Dem Oberamt ist bis 4. Juni zu berichten:  
a) ob die Verendung der Stimmzettel beendet ist;  
b) ob die Wählerlisten in zweifacher Ausfertigung vorliegen und abgeschlossen sind;  
c) ob der Wahltermin (Tag und Zeitpunkt) ortsüblich bekannt gemacht worden ist;  
d) ob die Schriftführer und die Beisitzer (Ortswahlausschuss) geladen sind. Vergl. R. V. O. § 43 und R. V. O. Ver. § 31. 2568

Ragold, den 1. Juni 1920. Oberamt: Münz.

#### Monatszucker für 16. Mai bis 15. Juni.

Dieser Tage kommt der Verbrauchszucker für obige Periode zur Verteilung. Wegen ungenügender Anlieferung seitens der Landeszuckerfabrik können nur 600 Gramm Zucker auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden. Die restlichen 50 Gramm werden jedoch nachgeliefert werden, voraussichtlich im nächsten Monat schon.  
Säuglinge erhalten wie bisher 500 Gramm extra. Der Kleinverkaufspreis beträgt M. 2.10 per Pfund. 2562  
Ragold, 1. Juni 1920. Oberamt: Münz.

Der Monatszucker kann abgeholt werden bei  
Dringinger, Gauß Caroline,  
Gauß Konrad, Grüninger  
Jakob und Benz Gebrüder.  
Die Karten werden mit  
600 Gramm eingelöst.  
Preis M. 2.10 per Pfund.  
Ragold, 1. 6. 20. 2556  
Stadt, Nahrungsmittelamt.

**Sonder-Angebot**  
in Cigarren  
Lagerbesuch lohnend.  
**Otto Steegmüller**  
2559 Nagold.  
Verkaufe ein Paar neue  
Halbleberne 2566

**Stiefel**  
(Langschäfte) Größe 43.  
**Wilh. Großhand**  
Schönbrunn.

**Eier = Sammeltag**  
Donnerstag d. 3. d. M.  
abends 6 bis 7 Uhr  
auf der Polizeiwache.

### Ein Geldbeutel verloren

samt Inhalt. 2536  
Abzugeben geg. Belohnung  
i. d. Geschäftst. des Blattes.

Für die Seminarliche  
Ragold wird sofort ein tüch-  
tiges

### Mädchen gesucht.

2537 Kostverwaltung.

### Musik- u. Liter. Verein Nagold.

Donnerstag abend 7/8 Uhr im Festsaal des Seminars

### Hölderlin-Feier

Präludium und Fuge in Es-dur v. Aug. Halm  
(Seminarorchester)

Vortrag (W. Sengle)

„Die Nacht“ v. Kaufmann (Seminarchor).

Präludium und Fuge in F-dur v. K. Schmid  
(Seminarorchester).

2554 Eintritt frei.

### Öffentliche Wähler= Versammlung.

Am Donnerstag den 3. Juni, abends 8 Uhr findet  
im Löwenaal eine Wählerversammlung statt.

Referent: Großhans, Gemeinderat aus Stuttgart.

Freie Aussprache. 2563

**U. S. P. Nagold.**

Ragold.

### Die Räder-Innung Nagold

hält am Freitag den 4. Juni vormittags von 8 Uhr an  
in der Brauerei zur „Krone“ in Ragold eine

### Hauptversammlung

ab.  
Tagesordnung: 1. Holzverteilung.  
2. Fahrlieferung.  
3. Ausstellung der neuen Preisliste.  
4. Sonstiges.

Mitglieder, die bei der Versammlung nicht erscheinen,  
können an dem Innungsbeschluss keinen Widerspruch erheben.  
2557 Der Obermeister Henne.

Sieben erschienen:

Sommerdienst 1920. Gültig vom 1. Juni an.

### Amtlicher Taschensfahrplan

der  
Eisenbahnen in Württemberg und Hohenzollern  
mit Anschlüssen und mit Uebersichtsfahrplan

der

Kraftwagenfahrten

Preis Mk. 2.50.

Vorrätig bei

**G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

### Strohüte für Herren, Knaben und Kinder

empfehlen 2120 **Kermann Knodel.**

Calw.

Gesucht wird ein erfahrenes  
zuverlässiges 2499

### Mädchen

welches schon gedient hat, bei  
gutem Lohn und guter Ver-  
pfllegung. Angebote an  
**Frau Marie Dorn**  
Fuggeschäft.

### Pferdeknecht

wird sofort gesucht bei  
M. 50.- Wochenlohn 2555.  
**Reinhold Kauser,**  
Kalkwerk . . . Nagold.

**Leberflecke, Warzen**  
entfernt restlos Reichspat. sonst  
Weid zurück, M. 10.- u. Porto.  
Sanitas-Depot Hellr. S. 211k.

### Württemb. Bürgerpartei Nagold. Öffentliche Wähler-Versammlung!

Heute Mittwoch abend 7/8 Uhr im Traubensaal wo  
Herr Generalsekretär Noos

sprechen wird. 2565

Hiezu ladet freundlich ein Der Ausschuss.

### Öffentliche Versammlung

am Freitag, 4. Juni abends 8 Uhr im Traubensaal.

Redner: Fleischereibesitzer, Abgeordneter Henne-Lüdingen:  
„Handwerkerfragen in Gegenwart und Zukunft.“

Berwaltungsdirektor, Abgeordneter Staudenmeyer-Calw:  
Ansprache an die Wähler.

Zu zahlreichem Besuch lädt freundlich ein 2560

**Orisgruppe Nagold**

der Deutsch-demokratischen Partei.

2562 Wilberg, 31. Mai 1920.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme  
während der Krankheit unsrer lieben Mutter, Groß-  
und Schwiegermutter

### Barbara Braun

Bahnwärters-Witwe

sowie für die vielen Blumenpenden und Begleitung  
zu ihrer letzten Ruhestätte und trostreichen Worte  
des Herrn Geistlichen und ehrenden Gesang sagen  
berzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen

**Gustav Braun, Weichenwärtter**  
mit Geschwistern.

### Die neue Ausgabe

### Zweigle Klavierschule

bearbeitet von Karl Walz  
ist in zwei Teilen soeben  
erschienen und vorrätig bei

**G. W. Zaiser, Buchhandlung**  
Nagold.

### Kunststoff- substanzen

empfehlen 2490

**Gustav Heller.**

Empfehle in besten Frieden  
analltäten sämtliche

**Farben und Lacke**

für Innen- u. Außenanstriche

Leinölfirnis u. Terpentinöl

Möbelwachs

Mattierungen u. Polituren

Fußboden-Lack

Wachs

„ Oel usw.

zu den billigsten Tagespreisen

**K. Ungerer, Nagold.**

Für sofort wird ein

jüngeres

### Mädchen

gesucht. 2544

Frau Wegweiser Kauser,  
Nagold, Bahnhofstr.

### Bestellungen auf Eichen-, Buchen-, Kirsch- baum- und Eichen- Sourniere

2427 nimmt entgegen

**Eugen Nuding, Nagold.**

Erbes

**Offizin Brilla**

mit Mandel-Bläusen

ffort

mit prägnanten Öllagen

**C. Erbes**

Albinen

M3

**Lösungsbüchlein**

bei G. W. Zaiser, Nagold.

